

Inhalt der Sitzung vom 15.09.2008

TOP Ö 1 Bekanntgabe der in der letzten nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 21.07.2008 gefassten Beschlüsse

Bürgermeister Wolfgang Huckele gab die Beschlüsse aus der letzten nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 21.07.2008 bekannt:

- Mehrheitlich beschloss der Gemeinderat, das Café 2000 am Rathaus an Frau Anka Ber zu verpachten.
- Der Auftrag zur Neuvermietung der Ladeneinheit Nr. 2 in der Luisenstr. 1 wurde einstimmig an die Firma Schürer + Fleischer vergeben.
- Mit mehrheitlichem Votum wurde die Verleihung der Großen Silbernen Ehrenmedaille an Herrn Bürgermeister Huckele beschlossen.
- Einstimmig beschloss der Gemeinderat die Höhergruppierung eines Gemeindearbeiters.
- Nach zwei geheimen Wahlgängen wurde per Losentscheid die Stelle des Hausmeisters in der Friedrichschule neu besetzt.
- Der Tagesordnungspunkt „Erhöhung des Erbbauzinses für das ehemalige Ev. Pfarrhausgrundstück in der Schwetzing Str. 37“ wurde mit mehrheitlichem Beschluss vertagt.
- Jeweils einstimmig stimmte das Ratsgremium zwei Anträgen auf befristete Stundung der ausstehenden Geldwertabschöpfung aus der Baulandumlegung „Bruchhäuser Weg“ und einem Antrag auf Stundung einer Gewerbesteuernachzahlung zu.

TOP Ö2 Festlegung des Einführungstermins mit der Vereidigung/Verpflichtung des neu gewählten Bürgermeisters

Der neu gewählte Bürgermeister ist in einer öffentlichen Sitzung von einem Mitglied des Gemeinderates zu vereidigen und zu verpflichten.

Die öffentliche Gemeinderatssitzung mit der Einführung des neu gewählten Bürgermeisters Jürgen Schmitt findet am Mittwoch, den 01.10.2008 in der Mehrzweckhalle statt. Die Einführung wird vom 1. Bürgermeister-Stellvertreter Karl Schleich vorgenommen.

Auf Nachfrage von GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) bestätigte der Bürgermeister, dass die Kosten durch die Gemeinde übernommen werden.

Weitere Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt gab es nicht.

Der Gemeinderat beschloss einstimmig die in der Verwaltungsvorlage genannte Vorgehensweise.

TOP Ö3 Erlass der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen für die Lärmschutzanlage im Baugebiet „Bruchhäuser Weg“ entlang der Ostumgehung K 4147

Zur Abrechnung des Baugebiets „Bruchhäuser Weg“ war noch der Erlass der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen für die Lärmschutzanlage entlang der Ostumgehung K 4147 erforderlich.

GRat Andreas Berger (CDU) hielt die von der Verwaltung vorgeschlagenen Regelungen für sinnvoll und angemessen.

GRätin Ulrike Breitenbücher (PL) fragte nach den Folgekosten für die Pflege der Holzelemente.

BAL Boxheimer antwortete, dass die Kosten für die Instandhaltung zu Lasten der Gemeinde gehen.

GRat Werner Engelhardt (SPD) meinte, dass man nach Abwägung aller Kriterien akzeptable Satzungsregelungen getroffen habe.

GRat Winfried Wolf (GLP) ging von einer Begrünung der Lärmschutzwand aus.

BAL Boxheimer bestätigte diese Annahme.

Der Gemeinderat beschloss einstimmig die Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen für die Lärmschutzanlage im Baugebiet „Bruchhäuser Weg“ entlang der Ostumgehung K 4147.

TOP Ö4 Abschluss eines Trinkwasserversorungsvertrags mit den Stadtwerken Schwetzingen

Der zum 31.08.2007 ausgelaufene und von den Stadtwerken Schwetzingen fristgerecht gekündigte Trinkwasserlieferungsvertrag war Anlass zu prüfen, unter welchen Bedingungen und finanziellen Aufwendungen eine Eigenförderung bzw. Wiederinbetriebnahme des 1981 stillgelegten Wasserwerks möglich ist. Bereits am 13.01.2006 wurde dieses Thema in einer nichtöffentlichen Informationssitzung des Gemeinderats behandelt. Am 20.02.2006 fasste der Gemeinderat den Beschluss, von der MVV eine Studie zur Wiederinbetriebnahme in Auftrag zu geben. Die Ergebnisse wurden in verschiedenen Gemeinderats-/Ausschusssitzungen behandelt und diskutiert. Dabei wurden insbesondere die Bedeutung der Kalkhärtegrade (eigenes Wasser 33 °/Wasser des Zweckverbands rd. 18 °) und der Nitratgehalt (33 mg/l – 2 mg/l sowie die Kosten eines Langzeitpumpversuchs (Stand 08/2006: rd. 145.000,-- €) und für die Wiederinbetriebnahme des gemeindeeigenen Wasserwerks (rd. 400.000,-- €) kontrovers diskutiert.

Insbesondere in Städten und Gemeinden, die in der Rheinebene liegen, wurden im Frühjahr 2007 mit N.N.-Dimethylsulfamid (DMSA) und Desphenylchloridazon weitere Schadstoffe im Grundwasser entdeckt. Die bisherigen Untersuchungsergebnisse der Brunnen I und II unseres Wasserwerks durch das „Technologiezentrum Wasser“ (TZW) in Karlsruhe und des Instituts Kuhlmann in Ludwigshafen, das im Rahmen des Grundwassermessprogramms Baden-Württemberg turnusmäßig Proben entnimmt und analysiert, erbrachten bei dem Schadstoff DMSA stark differierende Werte. Beim TZW lag der Wert um ein Vielfaches über dem Grenzwert, während er bei dem Institut Kuhlmann deutlich unterschritten wurde. Das eingeschaltete Gesundheitsamt in Heidelberg hält deshalb in seinem Schreiben vom 23.04.2008 weitere Untersuchungen für erforderlich und weist einmal mehr auf § 6 Abs. 3 der Trinkwasserverordnung (Minimierungsgebot) hin. Eine Eigenförderung würde im Widerspruch zu dieser Verordnung stehen.

Bei einem Treffen am 25.08.2008, an dem GF Mülbauer von den Stadtwerken Schwetzingen, Fraktionssprecherin Schuster, Fraktionssprecher Schneider, Gemeinderat Winfried Wolf, Gemeinderätin Breitenbücher und Frau Leitz als Protokollführerin teilnahmen, wurde noch einmal das Für und Wider einer Eigenwasserversorgung ausgiebig

diskutiert und Einzelheiten des Vertragsentwurfs zur Lieferung von Trinkwasser durch die Stadtwerke Schwetzingen besprochen.

GRätin Jutta Schuster (CDU) stellte fest, dass „Wasser eines der höchsten Güter“ sei und in der Bürgerschaft sich ein Trend gezeigt habe, das qualitativ gute Wasser aus dem Schwetzingen Hardtwald weiter zu nutzen. Die gewünschte Eigenförderung sei durch das Auftreten neuer Schadstoffe aktuell nicht möglich. Im vorliegenden Trinkwasserlieferungsvertrag seien die Wünsche der Gemeinde berücksichtigt, wobei ein zusätzlicher zweiter Anschluss absolute Sicherheit für Plankstadt bieten würde. Auch einer Vertragslaufzeit von 10 Jahren hätte die CDU zustimmen können.

GRat Dr. Stephan Verclas (PL) hielt die fast drei Jahre währende Diskussion um das wichtige Thema Wasser für notwendig. Es sei zu gewährleisten, dass gutes Wasser zur Verfügung stehe. Der letzte Satz unter Ziffer 2.2 des Vertrags „Daraus resultierende wirtschaftliche Folgen während der Vertragslaufzeit trägt Plankstadt“ sollte nach seiner Meinung gestrichen bzw. konkretisiert werden.

GRätin Gaby Wacker (SPD) sagte, dass die Diskussion um die Eigenförderung bei der Bevölkerung zu viel Verunsicherung geführt habe. Die gravierenden Unterschiede bei den Schadstoffmessungen in Bezug auf DMSA seien nicht nachvollziehbar. Die Vertragslaufzeit und die Regelung für einen evtl. 2. Anschluss (Leerrohr) befand sie für gut. Die unter Ziffer 2.1 des Vertrags bei einer Unterbrechung bzw. Unregelmäßigkeit gewählte Formulierung „Die SWS werden bemüht sein“ sah sie als interpretationsfähig an und sollte nach ihrer Meinung gestrichen werden. Weitere Fragen zur Durchführung eines evtl. Pumpversuchs (notwendige Erlaubnis der Stadtwerke), Abnahmepflicht zur Befüllung der Spülbehälter des Regenrückhaltebeckens, der Preisgestaltung (Ziffer 8.2) und der unter Ziffer 11 genannte Begriff „erheblich“ (nicht präzise genug) wurden im weiteren Verlauf der Sitzung von GF Mühlbaier und Bürgermeister Huckele beantwortet.

GRat Winfried Wolf (GLP) stellte fest, dass außer den Stadtwerken Schwetzingen kein Vertragspartner in Frage komme. Es habe sich gezeigt, dass realistische Voraussetzungen für die Eigenförderung nicht gegeben seien. Auch er befand, dass die Vertragslaufzeit, die Kündigungsfrist, die Zusicherung eines Zweitanschlusses in einem absehbaren Zeitraum herzustellen, keinen Anlass zu Misstrauen gebe, zumal sich die Stadtwerke Schwetzingen in der Vergangenheit als verlässlicher Vertragspartner gezeigt haben.

Nach einer kurzen Sitzungsunterbrechung, nahm Herr Mühlbaier, zu den Fragen der Gemeinderäte Stellung. Er habe kein Problem damit, das Wort „bemüht“ zu streichen. Bei einer jährlichen Plankstädter Bezugsmenge von rd. 550.000 m³ Wasser sei eine rechtzeitige Unterrichtung über einen evtl. Pumpversuch in Bezug auf die internen Planungen mit einer Vorlaufzeit von drei Monaten notwendig. Er wies darauf hin, dass die Stadtwerke ein zertifiziertes Unternehmen seien. Man liefere das qualitativ beste Wasser in der Region und im Vergleich zu dem bisherigen Lieferungsvertrag habe es keine Preissteigerung gegeben.

Bürgermeister Huckele ergänzte, dass das Wasser für die Spülung des Regenrückhaltebeckens und der Sportplatzbewässerung aus einem eigenen Brunnen gefördert werde.

Auf die Frage von GRat Ulf-Udo Hohl (GLP), ob ein starker Rückgang des Wasserbezugs durch die Nachfolgefirma der Firma AstraZeneca und weitere Wassereinsparungen der Abnehmer Auswirkungen auf den Wasserpreis haben, wollte Herr Mühlbaier an dieser Stelle keine konkrete Zukunftsprognose stellen.

TOP 05 Einrichtung eines Schülerhorts an der Humboldtschule

Die Einrichtung eines Schülerhorts für die Nachmittagsbetreuung der Grundschüler an der Humboldtschule zum Schuljahr 2008/2009 wurde mit den Fraktionsvertretern am 07.08.2008 vereinbart. Aufgrund der Eilbedürftigkeit wurde mit dem Postillion e. V. aus Wilhelmsfeld ein Vertrag in eigener Trägerschaft und Verantwortung abgeschlossen.

GRätin Jutta Schuster (CDU) befand, dass sich die Lösung mit dem Träger Postillion e. V. in einem vernünftigen Rahmen bewege. Was lange währt, sei nun in die Tat umgesetzt. Sie wünschte sich für die Zukunft, noch flexiblere Angebote, die den geänderten Arbeitszeitmodellen Rechnung tragen.

GRat Gerhard Waldecker (PL) bestätigte, dass die Hortbetreuung gut angelaufen sei. Man habe den richtigen Weg eingeschlagen und biete den jungen Eltern Planungssicherheit.

GRätin Gaby Wacker (SPD) sah einen großen Wunsch ihrer Fraktion in Erfüllung gegangen. Der Schülerhort helfe die Sorge um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu mindern. Auch die soziale Staffelung der Beiträge sei in Ordnung. Sie verwies weiterhin auf die flexiblen Regelungen der Gemeinde Ketsch.

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) stellte fest, dass der Vertrag bereits in Kraft getreten sei. Der Standort Plankstadt habe damit eine Aufwertung erfahren.

Der Gemeinderat bestätigte einstimmig den mit dem Träger Postillion e.V. aufgrund der Eilbedürftigkeit abgeschlossenen Vertrag, der mit dem Schuljahresbeginn 2008/2009 die Einrichtung eines Schülerhorts in den Räumen der Humboldtschule beinhaltet. Die überplanmäßigen Ausgaben für die Erstausrüstung von Mobiliar, Geräten und Verbrauchsmaterialien in Höhe von ca. 7.000,- € wurden ebenfalls genehmigt

TOP Ö6 Einrichtung einer Nachmittagsbetreuung an der Friedrichschule

In Gesprächen mit den Elternbeiräten zur Kinderbetreuung wurde eine Verlängerung der Betreuungszeit bis 15.30 Uhr beraten. 23 Eltern meldeten ihren Bedarf an einer Verlängerung der Betreuungszeit an (flexible Nachmittagsbetreuung). Ein Mittagessen und ein Anspruch auf Hausaufgabenbetreuung werden nicht angeboten. Die Kinder haben jedoch die Möglichkeit, die Hausaufgaben während der flexiblen Nachmittagsbetreuung zu erledigen. Für die Betreuung bis 15.30 Uhr ist ein zusätzliches Entgelt von 48,- € (mit sozialer Staffelung) zu zahlen.

GRätin Jutta Schuster (CDU) lobte das unbürokratische Vorgehen der Verwaltung und dankte für die schnelle Umsetzung.

GRat Gerhard Waldecker (PL) und GRätin Gaby Wacker (SPD) schlossen sich den Ausführungen ihrer Ratskollegin an.

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) meinte, dass man einen Zwischenschritt zur Hortbetreuung gemacht habe. Er sprach auch das Thema Schulbezirksgrenzänderung im Hinblick auf das Baugebiet „Bruchhäuser Weg“ und eine evtl. zukünftige räumliche Erweiterung der Friedrichschule an. Eine Hausaufgabenhilfe während der Nachmittagsbetreuung sollte in Erwägung gezogen werden.

Der flexiblen Nachmittagsbetreuung an der Friedrichschule sowie den vorgeschlagenen Entgelten stimmte das Ratsgremium einstimmig zu.

TOP Ö7 Entscheidung über die Annahme von Spenden nach § 78 Abs. 4 GemO

Bürgermeister Huckele teilte mit, dass nach dem Willen des verstorbenen Wilhelm Geiser anstelle von Blumen Geld für die örtliche Notgemeinschaft gespendet wird.

Es wurde einstimmig beschlossen, die Spenden anlässlich der Beerdigung von Wilhelm Geiser durch die Firma Frankl & Kirchner GmbH in Höhe von 300,00 Euro und weitere Kleinspenden in Höhe von insgesamt 1.600,00 Euro zugunsten der örtlichen Notgemeinschaft anzunehmen.

TOP Ö8 Umstrukturierungsmaßnahmen im Innenbereich des Kath. Kindergartens St. Martin

Die Kath. Kirchengemeinde bat um Zustimmung zu der geplanten Umstrukturierung des Kindergartens St. Martin und um Kostenbeteiligung entsprechend dem Kindergartenbetriebskostenvertrag. Vertragsgemäß hat die Gemeinde einen Zuschuss von mind. 70 % des durch sonstige öffentliche Zuschüsse nicht gedeckten Aufwands zu übernehmen und Abschlagszahlungen entsprechend dem Baufortschritt zu zahlen.

GRat Ehrenfried Kreis (CDU) konnte aufgrund der stattgefundenen Ortsbegehung eine klare und ordentliche Kostenberechnung bestätigen. Die vorgesehenen Baumaßnahmen seien erforderlich.

GRat Fredy Engelhardt (PL) schloss sich den Worten seines Vorredners an.

GRätin Gaby Wacker (SPD) sprach von einem sehr aufschlussreichen Vorort-Termin.

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) hatte ebenfalls keine Einwände, regte aber an, für die Zukunft (garantierter Krippenplatz im Jahr 2013) Voraussetzungen für eine große Lösung zu schaffen.

GRat Gerhard Waldecker (PL) wollte noch wissen, weshalb in der Kostenberechnung teilweise Pauschalpreise genannt werden.

BAL Boxheimer antwortete, dass es sich um Schätzungen des Zeitaufwands handle.

Bürgermeister Huckele bestätigte den Eindruck, dass bei der Berechnung sorgfältig gearbeitet worden sei.

Einstimmig beschloss das Ratsgremium, für die Umstrukturierung des Kindergartens St. Martin einen Zuschuss in Höhe von 88.200,- € zu gewähren. Die überplanmäßigen Ausgaben wurden bewilligt.

TOP Ö9 Zuschussanträge des Tennis-Club Plankstadt für die Installation einer Solaranlage, den Bau eines Brunnens zur Platzbewässerung und der Erneuerung der defekten Heizungsanlage

Nach den Richtlinien über die Gewährung von Gemeindegeldzuschüssen an örtlichen Vereine beträgt der Zuschuss 25 % des als zuschussfähig anerkannten Herstellungsaufwands.

GRat Karl Schleich (CDU) bewertete die geplanten Maßnahmen, auch im Interesse des Umweltschutzes, als sehr positiv.

GRat Gerhard Waldecker (PL) lobte den hervorragenden Zustand des Vereinsgeländes und das umweltbewusste Handeln des Tennisclubs.

GRätin Dieter Schneider (SPD) sah in dem Vorhaben eine sinnvolle Sache und bestätigte dem Verein, dass man auf dem richtigen Weg sei.

GRat Winfried Wolf (GLP) meinte, dass die Bezuschussung der Heizungserneuerung von der Gemeinde großzügig gehandhabt und damit möglicherweise ein Präzedenzfall geschaffen werde.

Der Gemeinderat stimmte den Zuschussanträgen des Tennisclubs für die Installation einer Solaranlage, den Bau eines Brunnens und der Erneuerung der defekten Heizungsanlage einstimmig zu. Die überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 11.611,18 € wurden bewilligt

TOP Ö10 Verlängerung der beiden Jagdpachtverträge

Seit 01.04.2000 ist der Jagdbezirk 1 (nördlicher Jagdbogen) an die Herren Rolf Meier und Claus Wolf und der Jagdbezirk 2 (südlicher Jagdbogen) an die Herren Karl-Heinz Engelhardt und Herbert Käb verpachtet.

Beide Pachtverträge laufen zum 31.03.2009 aus. Alle Jagdpächter, mit Ausnahme von Herrn Engelhardt, hatten

ihr Interesse an der Verlängerung der bestehenden Pachtverträge bekundet.

Im Namen seiner Fraktion stellte GRat Winfried Wolf (GLP) einen Antrag auf Vertagung. Er begründete ihn damit, dass kein Zeitdruck bestünde und eine Behandlung im zuständigen Ausschuss wünschenswert wäre. Des Weiteren sollte ein Hegeplan erstellt und als Vertragsbestandteil aufgenommen werden. Die aktuelle Lage sollte in einer Ausschusssitzung, zusammen mit den Jagdpächtern erörtert werden.

Bürgermeister Huckele betonte, dass im Landratsamt nur eine Vertragsverlängerung von zwei Jahre genehmigt wurde. Das zu erstellende Jagdkataster sei sowohl kosten-, als auch zeitintensiv.

Mehrheitlich lehnte der Gemeinderat den Vertagungsantrag ab.

GRat Hans-Peter Helmling (CDU) hatte keine Probleme mit der Verlängerung der Pachtverträge. Es handle sich zu 90 % um einen Hege- und nur zu 10 % um einen Jagdpachtvertrag. Allein der Fuchsbestand (17 tote Füchse in diesem Jahr) mache die Vergabe der Jagdpacht unabdingbar. Er lobte ausdrücklich die gute Arbeit der Jagdpächter im Dienste der Allgemeinheit.

GRätin Ulrike Breitenbücher (PL) stimmte den Aussagen ihres Vorredners zu.

GRätin Dieter Schneider (SPD) meinte, dass man die Jagd kaum als solche bezeichnen könne. Es handle sich vielmehr um ein aufwändiges Hobby.

GRat Winfried Wolf (GLP) sah bis zum Jahr 2011 dringenden Revisionsbedarf, der durch das neue Jagdrecht erforderlich ist. Die Jagdpacht sei eine Prestigefrage, weshalb auch eine Ausschreibung zu erwägen sei. Die Flächenverluste von 53 ha müssten miteinbezogen werden.

Bürgermeister Huckele stellte fest, dass man mit den bisherigen Jagdpächtern beste Erfahrungen gemacht habe und diese als Ansprechpartner unentbehrlich seien.

Bei zwei Gegenstimmen der GLP wurde der Bürgermeister mehrheitlich ermächtigt, die bestehenden Jagdpachtverträge um zwei Jahre bis zum 31.03.2011 zu verlängern.

TOP Ö11 Einbau einer Zentralheizung mit Warmwasseraufbereitung im Gemeindewohnhaus Hildastr. 14

Im Zuge der Sanierung, die u. a. den Einbau von Bädern beinhaltet, sollen die beiden Wohnungen eine Zentralheizung mit Warmwasseraufbereitung erhalten. Die Wohnungen in den weiteren gemeindeeigenen Wohnhäusern in der Hildastr. 16, 18 und 20 sollen in der nächsten Zeit an die Heizungsanlage in der Hildastr. 14, die entsprechend größer dimensioniert wurde, angebunden werden.

Auch zu diesem Tagesordnungspunkt lag ein Vertagungsantrag der GLP-Fraktion vor.

GRat Winfried Wolf (GLP) hielt es für notwendig, vor dem Heizungseinbau die vier Gemeindewohnhäuser mit einer Wärmedämmung zu versehen. Eine Beratung durch die KLIBA sei wegen alternativen Heizungsmöglichkeiten ebenfalls zu empfehlen.

Bürgermeister Huckele berichtete, dass die beiden Wohnungen überraschend kurzfristig frei geworden seien und sich in einem desolaten Zustand befänden. Eine Generalsanierung sei notwendig, da bisher mit Einzelöfen geheizt wurde und keine Bäder in den Wohnungen vorhanden seien. Die zu installierende Gaseinheizung sei auch für die Beheizung der drei Nachbarhäuser ausgelegt.

BAL Boxheimer ergänzte, dass im Haushaltsplan 2009 die Mittel für eine Wärmedämmung von allen vier Wohnhäusern eingestellt werden sollen.

Der Vertagungsantrag der GLP wurde mehrheitlich abgelehnt.

GRat Andreas Berger (CDU) sah in der Baumaßnahme eine Verbesserung der Wohnqualität, die generell auch bei anderen Häusern zu prüfen sei.

GRat Gerhard Waldecker (PL) betrachtete die Heizungskonzeption als Chance zur Sanierung.

GRätin Werner Engelhardt (SPD) hielt die Auffassung der GLP-Fraktion grundsätzlich für richtig. Allerdings handle es sich hierbei um eine dringliche Maßnahme.

GRat Winfried Wolf (GLP) lehnte die Verwaltungsvorlage ab und hielt eine Gasheizung für problematisch.

Bei zwei Gegenstimmen der GLP wurde der Auftrag zum Einbau einer Zentralheizung mit Warmwasseraufbereitung im Gemeindewohnhaus Hildastr. 14 an die Firma Appel GmbH aus Leimen zum Preis von 28.178,72 € erteilt.

TOP Ö12 Erschließung Neubaugebiet „Bruchhäuser Weg“ - Auftragsvergabe Beleuchtungsanlage

Nach dem bestehenden Straßenbeleuchtungsvertrag, der im Jahre 1993 abgeschlossen wurde, hat die Gemeinde der EnBW die Errichtung, Erweiterung und Erneuerung der Straßenbeleuchtungsanlage für die öffentlichen Straßen und Plätze im gesamten Ortsbereich übertragen. Dementsprechend hat die EnBW Regional AG für die Errichtung der Beleuchtungsanlage im Neubaugebiet „Bruchhäuser Weg“ ein Angebot vorgelegt, das die Erstellung von insgesamt 95 Straßenleuchten, incl. sämtlicher Erd- und Kabelverlegungsarbeiten, beinhaltet.

GRat Andreas Wolf (CDU) hielt es für sinnvoll, den bewährten Lampentyp, der bereits in dem Baugebiet „Gässeläcker“ verwendet wurde, zu installieren. Er fragte nach, ob es weitere Angebote von anderen Firmen gebe.

BAL Boxheimer antwortete, dass dies durch den Beleuchtungsvertrag mit der EnBW ausgeschlossen sei.

GRat Gerhard Waldecker (PL) wies auf die Vertragsdauer bis zum Jahr 2013 hin. Im Sinne der Einheitlichkeit seien die gleichen Lampentypen zu verwenden. Bei der Installation sei auch auf die Abschirmung der Wohnhäuser besonders zu achten.

GRat Werner Engelhardt (SPD) wollte wissen, ob die Steuerung gekoppelt sei.

BAL Boxheimer sagte, dass ein Dämmerungssensor eingebaut werde.

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) legte Wert auf die Verwendung von Energiesparlampen.

Einstimmig erteilte der Gemeinderat der EnBW Regional AG den Auftrag, die Beleuchtungsanlagen im Neubaugebiet „Bruchhäuser Weg“ zum Angebotspreis in Höhe von 168.132,67 € zu errichten.

TOP Ö13 Bauvoranfrage zum Neubau von 7 Reihenhäusern, 7 Garagen, 7 Stellplätzen und einer Technikzentrale auf den Grundstücken Flst.Nr. 3055 und 3056, Eppelheimer Str. 46

GRat Andreas Berger (CDU) hielt die vorgelegte Planung für optisch gut und nicht so massiv. Die große Grünfläche sei ebenfalls positiv zu werten, wobei ein Begrünungsplan noch vorzulegen sei.

GRätin Ulrike Breitenbücher (PL) meinte, dass man durch die Baumaßnahme eine verschönerte Ortseinfahrt erhalte. Zu prüfen sei, ob die Gemeinde evtl. Grundstücksteile für eine Haltestelle erwerben könne.

GRat Werner Engelhardt (SPD) sprach von einer moderaten und unproblematischen Bauvoranfrage.

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) sah in der Planung die bisher beste Lösung. Die Gemeinde solle auf jeden Fall Gespräche bzgl. eines Grundstückteilverkaufs führen.

Das Einvernehmen zu der Baugrenzenüberschreitung im Zusammenhang mit der Bauvoranfrage zur Errichtung von 7 Reihenhäusern mit Garagen, Stellplätzen und einer Technikzentrale auf den Grundstücken Eppelheimer Str. 46 wurde einstimmig erteilt

Die Stellplätze sind gemäß Ziffer 12.19 des Bebauungsplanes „Bruchhäuser Weg“ versickerungsfähig zu befestigen und die Dachflächen der Garagen gemäß Ziffer 12.21 extensiv zu begrünen.

TOP Ö14 Bauantrag zum Neubau eines Wohnhauses mit Carport auf dem Grundstück Flst.Nr. 3560/1, Schillerstr. 30/1

GRat Andreas Wolf (CDU) konnte der Verwaltungsvorlage zustimmen.

GRat Gerhard Waldecker (PL) hielt das Vorhaben für plausibel und nachvollziehbar.

GRat Werner Engelhardt (SPD) stimmte seinen beiden Vorrednern zu.

GRat Winfried Wolf (GLP) befand, dass es sich um eine gute Lösung handle.

Der Gemeinderat beschloss einstimmig, das Einvernehmen zu dem Bauantrag der Frau Marita Guerrero und des Herrn Robert Ieronimo zum Neubau eines Wohnhauses mit Carport auf dem Grundstück Flst.Nr. 3560/1, Schillerstr. 30/1 wird gemäß §§ 34, 36 BauGB zu erteilen

Der 2,28 m breite Treppenzugang zu dem Wohngebäude und eine straßenniveaugleiche Carportzufahrt werden befürwortet. Die übrige Vorgartenfläche muss – wie im Gebiet üblich – frei von baulichen Anlagen bleiben und begrünt werden

TOP Ö15 Bauantrag zum Neubau eines Reihendhauses mit Garage und Stellplatz auf dem Grundstück Flst.Nr. 4876, Handschuhheimer Str. 24

GRat Andreas Berger (CDU) stimmte der Verwaltungsvorlage zu.

GRätin Ulrike Breitenbücher (PL) hatte keine Einwände.

GRat Werner Engelhardt (SPD) befand, dass die Baumaßnahme gut abgewogen sei.

GRat Winfried Wolf (GLP) hielt die Entscheidungsvorschläge der Verwaltung für in Ordnung.

Im Einzelnen beschloss der Gemeinderat wie folgt:

Dem Bauantrag zum Neubau eines Reihendhauses mit Garage und Stellplatz in der Handschuhheimer Str. 24 wurde einstimmig das Einvernehmen zu der Überschreitung der vorderen Baugrenze durch das Gebäude und durch einen zweigeschossigen Vorbau versagt. Das Einvernehmen zu der Nichteinhaltung des Abstandes zwischen der Garage und der Straßenbegrenzungslinie wurde ebenfalls einstimmig versagt. Das Einvernehmen zu dem zu begrünenden Pultdach auf der Garage wurde einstimmig erteilt. Bei 6 Gegenstimmen der CDU wurde mehrheitlich das Einvernehmen zu der Überschreitung der hinteren Baugrenze durch eine überdachte Terrasse erteilt

TOP Ö16 Bauantrag zur Errichtung einer Stellplatzüberdachung auf dem Grundstück Flst.Nr. 3773, Am Ungersgarten 40

GRat Andreas Wolf (CDU) stimmte der Verwaltungsvorlage zu.

GRätin Ulrike Breitenbücher (PL) hielt es für fraglich, ob es sich um einen Stellplatz oder vielmehr um einen Grillplatz handle

BAL Boxheimer sah hierin keinen Konflikt.

GRat Werner Engelhardt (SPD) stimmte im Namen der SPD-Fraktion zu.

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) hatte ebenfalls keine Einwände.

Bei 5 Enthaltungen der PL wurde mehrheitlich das Einvernehmen zu dem Bauantrag zur Errichtung einer Stellplatzüberdachung auf dem Grundstück Am Ungersgarten 40 erteilt.

TOP Ö17 Bekanntgaben, Anfragen

1. Sperrung der Durchfahrtsstraße Grenzhof für den Schwerlastverkehr

Bürgermeister Huckele zeigte sich erfreut über die getroffene Verkehrsmaßnahme, die zu einer geringeren Verkehrsbelastung für die Anwohner führen werde.

2. Anwesen Oftersheimer Landstraße

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) fragte nach den Gründen dafür, warum sich, trotz vorliegender Baugenehmigung, an dem maroden Anwesen nichts tut.

Bürgermeister Huckele ging von der Annahme aus, dass es wohl am mangelnden Abverkauf der geplanten Wohnungen liegen müsste.

3. Verwertung von alten CD's und DVD's

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) erinnerte an einen Haushaltsantrag der GLP, eine Sammelbox für alte CD's und DVD's aufzustellen. Als Standort käme nach seiner Meinung das Rathaus oder die Gemeindebücherei in Frage. Es gebe einen Service der AVR für die Verwertung, wobei als Bonus eine Spende der AVR an die Gemeinde angeboten werde.

4. Zufahrt neuer Sportplatz

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) wollte wissen, ob der Verwaltung die geplante Verlegung der Zufahrt zum neuen Sportplatz (ehem. Reiterplatz) bekannt sei.

GRat Andreas Berger (CDU) sagte hierzu, dass dieses Vorhaben beim Neujahrsempfang der TSG Eintracht erwähnt wurde. Das Eingangstor werde auf die Seite verlegt, um u. a. auch dem Kanarien-, Exoten- und Vogelschutzverein einen Zugang hinter die Vereinsgaststätte zu ermöglichen. Die Umgestaltung werde problemlos durchgeführt werden können d. h. Bäume müssten deswegen nicht gefällt werden.

5. Spielplatz Bahnstraße

GRätin Ulrike Breitenbücher (PL) hielt es für notwendig, die Bürgerinnen und Bürger von der Bauverzögerung in Kenntnis zu setzen.

BAL Boxheimer verwies auf eine in Kürze stattfindende Besprechung, deren Ergebnis wichtig sei, um einen aktuellen Sachstand zu erhalten.

6. Neuverpachtung Café 2000 am Rathaus

GRat Winfried Wolf (GLP) fragte wegen des Termins der Neueröffnung des Cafés nach.

Bürgermeister Huckele nannte den 18. September als offiziellen Eröffnungstag.

7. Sachstand AstraZeneca

GRat Winfried Wolf (GLP) wollte den aktuellen Sachstand wissen.

Bürgermeister Huckele gab bekannt, dass im Oktober ein erster Gerichtstermin terminiert werde.

8. Kaufland-Ansiedlung in Schwetzingen

GRat Winfried Wolf (GLP) sprach konkret das zusammen mit Schwetzingen und Oftersheim in Auftrag gegebene Gutachten an und stellte in Anbetracht der geplanten Kaufland-Ansiedlung in Schwetzingen in Frage, ob es noch sinnvoll sei, dieses Gutachten zu erstellen.

Bürgermeister Huckele verwies auf das Schreiben von Bürgermeister Dr. Pörtl, das dem Gemeinderat bekannt gegeben worden sei. Demnach sei der Verkauf des Geländes von der Stadt Schwetzingen nicht zu verhindern gewesen.

Vom Gutachten erhoffe man sich u. a. eine Aussage zum Standort eines Marktes im Bereich der Mehrzweckhalle unter Einbeziehung des Kaufland-Marktes. Die Schließung des Penny-Marktes in der Schwetzinger Innenstadt sei ebenfalls mit zu berücksichtigen. Die Verkaufsfläche des Kaufland-Marktes betrage 2.400 m² plus 600 m² für sonstige Flächen.

9. Anwohnerbeschwerden wegen Bauarbeiten im Baugebiet „Bruchhäuser Weg“

GRätin Gaby Wacker (SPD) berichtete von Anwohnerbeschwerden im Zusammenhang mit den Erschließungsarbeiten im Baugebiet „Bruchhäuser Weg“. Durch starke Vibrationen werden Risse und sonstige Schäden an Häusern befürchtet. Die Haftungsfrage sei zu klären.

BAL Boxheimer antwortete, dass die eingesetzten Vibrationswalzen im Bereich des Kanalbaus unter den DIN-Grenzwerten liegen. Im Bereich des Straßenbaus sei zu erwarten, dass die Vibrationsstärke nachlässt.

10. Hochgeschwindigkeitsnetz der Deutschen Telekom

GRat Dr. Stephan Verclas (PL) erinnerte an seine diesbezügliche Anfrage.

BAL Boxheimer gab bekannt, dass die Telekom an der Übergabeschaltstelle Schwetzingen den Bau von entsprechenden Leer-Rohren vorbereite.

11. Verabschiedung von Bürgermeister Huckele

GRätin Jutta Schuster (CDU) dankte im Namen der CDU-Fraktion dem zum Ende des Monats aus dem Amt scheidenden Bürgermeister Wolfgang Huckele. Er habe in seiner 16-jährigen Amtszeit Akzente gesetzt und bedeutende Projekte entwickelt. Die steigende Einwohnerzahl zeige, dass die Ausweisung von neuen Baugebieten in Plankstadt den Zuzug von jungen Familien begünstigt habe. Die sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung habe dazu beigetragen, dass die Finanzen der Gemeinde wohl geordnet seien. Für den künftigen Ruhestand wünsche sie alles Gute, Gesundheit und Wohlergehen.

GRat Gerhard Waldecker (PL) fand es an der Zeit, Bilanz zu ziehen, was der Bürgermeister bereits für sich selbst mit dem Artikel in der Schwetzinger Zeitung getan habe. Gemeinderat Waldecker dankte dem Bürgermeister für seine Arbeit zum Wohl der Gemeinde Plankstadt. Es sei nicht immer reibungslos von statten gegangen, aber

„man könne nun mal nicht über seinen Schatten springen!“ Wichtig sei, dass es immer noch möglich sei, „sich in die Augen zu sehen!“ Nach einer erheblich langen Lebensarbeitszeit, könne der Bürgermeister nun in den verdienten Ruhestand gehen.

GRat Dieter Schneider (SPD) meinte, dass es gelungen sei, in vielen Dingen die beste Lösung zu finden. Nicht immer sei alles glatt gelaufen, aber schließlich habe man doch einen für allen akzeptablen Kompromiss erreicht. Beispielhaft nannte er die Seniorenwohnanlage auf dem ehemaligen Areal Mack, wo man nach einem langen Weg ein gutes Ende gefunden habe. Der Bürgermeister werde sich bestimmt die Frage stellen: Was bleibt nach dieser Zeit, in der ich Gemeindeoberhaupt war? Gemeinderat Schneider wünschte viel Gesundheit für einen aktiven „Unruhestand“.

GRat Ulf-Udo Hohl (GLP) bezog sich auf das Gespräch des Bürgermeisters mit der Schwetzinger Zeitung und wollte folgendes richtig stellen:

- Den materiellen Fraktionsstatus habe sich die GLP vor dem Verwaltungsgericht erstritten
- Aus der generellen Ablehnung der B 535 habe man nie einen Hehl gemacht
- Die Reibereien im Gemeinderat seien auf mangelnde Koordination zurückzuführen
- Durch Abstimmungsniederlagen sei Verdruss entstanden, womit sich der Bürgermeister eine dritte Amtsperiode verbaut habe Gemeinderat Hohl bedauerte, dass der Bürgermeister seinen anfänglichen Reformwillen aufgegeben habe. Er habe sich auch nicht immer richtig verhalten.

Bürgermeister Huckele stellte zu den Ausführungen von Gemeinderat Hohl klar, dass er seine Einschätzung zum Verhältnis mit der GLP auf Nachfrage von Herrn Wühler (Schwetzinger Zeitung) wiedergegeben habe. Er befand, dass eine Amtszeit von 16 Jahren genug seien und er keinesfalls aus Verdruss auf eine erneute Kandidatur verzichtet habe. Er habe sich als Bürgermeister „mit Herzblut“ für die Gemeinde eingesetzt. Es tue gut, auch die positiven Dinge anzusprechen. Ohne Mehrheit sei eine Arbeit im Gemeinderat nicht möglich gewesen. Er gab das Lob zurück an die Gemeinderatsmitglieder und dankte für die Mithilfe, das Beste für Plankstadt zu erreichen.

Aus den Reihen der Zuhörer meldete sich Herr Mühlhäuser zu Wort und dankte dem Gemeinderat im Namen des Tennis-Clubs für den gewährten Zuschuss.

Ein weiterer Zuhörer fragte nach der Beschilderung „Verkehrsberuhigter Bereich“ im Baugebiet „Gässeläcker“. BAL Boxheimer sicherte eine entsprechende Überprüfung zu.

Herr Treiber wollte wissen, warum die Straßenkehrmaschine bereits um 8 Uhr unterwegs sei, da um diese Zeit noch sehr viele PKW am Straßenrand stehen und somit die Straßenreinigung erschwert werde.